

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge ist
gesetzlich vorgeschrieben.
— Inhaltlich
unabhängig —
Verlag: Auer, Leipzig, Nr. 114

Ergebnisse: Gebiete Erzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer.

Postfach-Nr. 114, Leipzig, im Jahre 1932

Nr. 114

Mittwoch, den 18. Mai 1932

27. Jahrgang

Japans Ministerpräsident ermordet

Revolvergeschüsse und Bomben in Tokio — Die Tat junger Offiziere

Tokio, 16. Mai. Der japanische Ministerpräsident Inukai ist am Sonntag durch zwei Revolvergeschüsse schwer verletzt worden und wenige Stunden später gestorben. — Der Anschlag wurde verübt durch zehn junge Leute in Offiziersuniform, die in das Haus des Ministerpräsidenten einbrachen und nicht nur ihn selbst, sondern auch vier Polizeibeamte, eine Hausangestellte und einen Gast des Premierministers niederschossen. — Außerdem wurden gleichzeitig von Leuten in Offiziersuniform Bombenanschläge gegen die Bank von Japan, das Polizeipräsidium, das Büro der oppositionellen Seikwai-Partei und das Haus einer einflussreichen politischen Persönlichkeit verübt. Nach den Tatsachen sind Flugblätter einer „Vereinigung junger Offiziere des Heeres und der Flotte“ in Tokio verbreitet worden.

London, 16. Mai. Reuter meldet weitere Einzelheiten über die grauenhaften Anschläge, die am Sonntag in Tokio verübt wurden. Das Attentat gegen den Ministerpräsidenten wurde um 17.30 Uhr (Ortszeit) begangen. Die Täter trugen teils Uniformen von Offizieren des Heeres, teils solche von Flottenoffizieren. Außer den gemeldeten vier Bombenanschlägen ist auch einer auf das Gebäude der Mitsubisi-Bank verübt worden. Die politische Persönlichkeit, gegen deren Haus eine Bombe geworfen wurde, ist einer der Hausminister des kaiserlichen Hauses, der Großfeldherr Graf Matsumoto. Alle diese Anschläge verursachten jedoch nur geringen Schaden. Es hat den Anschein, als ob es sich um tatsächliche Terrorakte handelt.

Die Täter stellen sich der Polizei

Am Laufe des Tages haben sich 18 junge Leute als Urheber des Anschlages auf den Ministerpräsidenten freiwillig der Polizei gestellt. Es sind fünf Marineleutnants und 13 Offizierschüler. Die Stellvertretung des Ministerpräsidenten hat Finanzminister Takahashi übernommen.

Das japanische Kabinett zurückgetreten

Das Kabinett hat traditionsgemäß seinen Gesamtrücktritt erklärt. Der Kaiser hat den Rücktritt jedoch noch nicht angenommen. Er will sich zunächst mit dem geheimen Staatsrat und den „Außenratsmännern“ beraten. Die Wapppapier- und Produktfabriken in Tokio, Osaka, Kobe und Nagoya sind wegen der politischen Lage einstweilen geschlossen.

Ruhige Auffassung in Tokio

Tokio, 16. Mai. In maßgebenden japanischen Kreisen werden die gestrigen Attentate im wesentlichen als spontanes Ausbruch der Unzufriedenheit einzelner jüngerer Elemente, die der Wehrmacht angehören, gewertet. Es liegen bisher keine Anzeichen dafür vor, daß hinter den durchweg jugendlichen Tätern, die überwiegend Faschisten sind, Personen von irgendwelchem Einfluß stehen. Das Straßenbild in Tokio ist unverändert und die Lage durchaus ruhig.

Deutsches Botschaft zum Anschlag auf den japanischen Ministerpräsidenten

Berlin, 16. Mai. Unfähig des Attentats auf den japanischen Ministerpräsidenten Inukai hat der Reichskanzler an den japanischen Außenminister Yoshizawa folgendes Telegramm gerichtet: Tief erschüttert durch die Nachricht, daß Herr Ministerpräsident Inukai einem verabscheuungswürdigen Anschlag zum Opfer gefallen ist, spreche ich Sie, Excellenz meine und der Reichsregierung warmste Anteilnahme aus. geg. Reichskanzler Dr. Brüning.

Ein weiteres schweres Attentat noch verhindert

Tokio, 16. Mai. Der politischen Polizei ist es gelungen, noch rechtzeitig einen weiteren Anschlag aufzuheben. Unter den Transformatoren im Elektrizitätswerk wurde Dynamit gefunden. Die Attentäter wollten allem Anschein nach das Werk in die Luft sprengen, um die Stromversorgung zu unterbinden.

Der japanische Kaiser hat der Familie des ermordeten Ministerpräsidenten sein Beileid ausgesprochen. Gleichzeitig übermittelte das diplomatische Korps der japanischen Regierung Beileidsbekundungen. In ausländischen diplomatischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß Inukai ein Anhänger des Mischregiments gewesen sei.

„Ihr dürft nicht schlafen“

Tokio, 17. Mai. Die Revolvergeschüsse hatten dem Ministerpräsidenten Inukai nicht sofort getötet. Nachdem der Schwerverletzte ins Krankenhaus gebracht worden war, ordnete er an, daß an seinem Bett eine Kabinettsitzung stattfinden solle. Die Minister fanden sich auch sofort ein, doch konnte Inukai an den Beratungen nicht mehr teilnehmen, da er während der ganzen Zeit mit kurzen Unterbrechungen bewusstlos war. Ueber den Anschlag auf Inukai teilte die Schwiegertochter des Ministerpräsidenten folgende Einzelheiten mit: Sie befand sich außerhalb des Hauses, als die Attentäter einbrachen. Versuche von Dienern und einigen Polizisten, sie aufzuhalten, waren vergebens. Inukai befand sich mit einem anderen Minister

in seinem Zimmer. Die Schwiegertochter eilte zu ihm und bat ihn, zu fliehen. Er weigerte sich jedoch und trat den Eindringlingen entgegen, wobei er ihnen zurief: „Schleicht nicht auf mich, ich werde eure Forderungen annehmen. Ihr dürft es nicht wagen, auf mich zu schießen.“ Der Führer der Eingedrungenen ließ sich jedoch nicht auf Unterhandlungen ein, sondern befahl, Feuer zu geben. Von mehreren Kugeln getroffen, sank Inukai zusammen. Die Attentäter flüchteten darauf zunächst in Automobilen. Wie noch bekannt wird, trug Inukai seit einigen Monaten eine schwere Wunde, um sich gegen Anschläge zu schützen. Infolge dessen zielten die Attentäter auch in erster Linie auf den Kopf des Präsidenten.

Ultimatum der japanischen Armee

Tokio, 17. Mai. Die Armee ist heute morgen mit einem Ultimatum hervorgetreten, in dem sie die Bildung einer nationalen Regierung fordert.

Vor der neuen Notverordnung

Um die Neubesetzung des Wehrministeriums — Doch noch Umbildung des Kabinetts?

Berlin, 16. Mai. Die Pfingstfeiertage sind in politischer Hinsicht in Berlin vollkommen ruhig verlaufen. Am Dienstag nahmen die Kabinettsberatungen ihren Fortgang. Zunächst handelt es sich darum, den Reichshaushaltplan endgültig fertigzustellen, und zwar gemeinsam mit den verschiedenen Plänen für die Arbeitsbeschaffung und den dazu gehörigen Finanzierungsunterlagen. Wahrscheinlich werden diese Arbeiten erst Ende dieser Woche beendet werden können. Ueber das Arbeitsbeschaffungsprogramm und die neue Notverordnung, die die Finanzierungsmaßnahmen zu diesem Programm enthält, hat der Politisch-Gewerkschaftliche Leitungsdienst einige Mitteilungen veröffentlicht, vor allem über den bereits früher angekündigten Umbau der Kräftesteuer, der eine Heranziehung der Beamten zu dieser Steuer bringen soll, und ferner über die Verabschaffung der Grundsteuer der Bürgersteuer. Da der Reichsarbeitsminister Dr. Stegmann, der dieser Korrespondenz nachsteht, bereits kurz vor den Kreuzzugemachen in einer öffentlichen Rede etwas Ähnliches erklärt hatte, so kann man — trotz der offiziellen Dementis — annehmen, daß sich diese Mitteilungen im wesentlichen bestätigen werden.

Reichspräsident von Hindenburg wird wahrscheinlich

am Ende dieser Woche aus Meudel nach Berlin zurückkehren. Eine Reise des Reichskanzlers nach Meudel kommt, wie wir hören, nicht in Betracht. Wahrscheinlich werden die Beschlüsse über die Ergänzung des Reichskabinetts erst nach der Rückkehr Hindenburgs nach Berlin gefaßt werden. Es handelt sich dabei um die Ernennung Dr. Goebelers zum Wirtschaftsminister und um die Neubesetzung des Reichswehrministeriums. Im Augenblick hält man in politischen Kreisen noch eine provisorische Amtsführung von Admiral Raeder als Reichswehrminister für wahrscheinlich. Vielleicht aber wird doch bereits ein Definitivum geschaffen, für das General v. Schleicher in erster Linie in Betracht kommt. Ob diese Ernennung zustande kommt, wird in erster Linie wohl von General v. Schleicher selbst abhängen.

Ursprünglich war davon die Rede, daß am Mittwoch eine besonders wichtige Beratung über die Ergänzung bzw. Umbildung des Reichskabinetts in Berlin stattfinden solle. Ob es dabei bleibt, ist wieder zweifelhaft geworden, und vielleicht wird man mit einer kurzen Verschiebung dieses Termins rechnen müssen, da vor endgültigen Beschlüssen in dieser Frage erst Vortag beim Reichspräsidenten gehalten werden muß.

Geheimrat Dr. Kahl †



Berlin, 14. Mai. Geheimrat Professor Dr. Kahl ist heute mittags 1 Uhr in seiner hiesigen Wohnung im Alter von 88 Jahren gestorben.

Berlin, 14. Mai. Geheimrat Prof. Dr. Kahl, der am 17. April 88 Jahre alt geworden war, stammte aus Kleinheubach in Unterfranken. Er studierte Rechtswissenschaften und habilitierte sich 1876 an der Münchener Universität. Ueber die Universitäten Kassel, Erlangen und Bonn kam Professor Kahl an die Universität Berlin, wo er seit 1896 wirkte und im Amtsjahr 1908/09 das Rektorat bekleidete. In seiner literarischen Tätigkeit hatte Professor Kahl u. a. große Erfolge in dem von 1891 bis 1906 laufenden sippigen Leontopogonzeit, was ihm in freundschaftliche Beziehungen zur Familie des Fürsten von Bismarck brachte. 1918 gehörte er der Nationalversammlung in Weimar als Mitglied der Deutschen Volkspartei an, und seit 1920 ununterbrochen dem Deutschen Reichstag. Er war der Älteste und angesehenste Strafrechtler Deutschlands. Im Reichstag trat er besonders bei der Beratung des neuen Strafgesetzbuches hervor. Bekannt ist seine Stellungnahme zur Todesstrafe, die mehrfache Wandlungen durchgemacht hat.

Verurteilung der verurteilten nationalsozialistischen Abgeordneten

München, 14. Mai. Rechtsanwalt Dr. Frank II hat gegen das Urteil des Schwurgerichtes, das die Reichstagsabgeordneten Heines, Stegmann und Weibel von der NSDAP. zu je drei Monaten Gefängnis verurteilte, sofort Berufung eingelegt.

Der Prozeß gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Ley

Berlin, 14. Mai. Vor dem Großen Schöffengericht haben sich heute im Schnellverfahren der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Ley und sein Parteigenosse, der Kraftfahrer Buchs, wegen des bekannten Zusammenstoßes zwischen Dr. Ley, mehreren seiner Parteigenossen und dem sozialdemokratischen Parteiführer Otto Wels und dem Kölner Polizeipräsidenten Kaufmann zu verantworten.

Das Schöffengericht erkannte gegen den Reichstagsabgeordneten Dr. Ley auf drei Monate Gefängnis und gegen den Nationalsozialisten Buchs auf fünf Monate Gefängnis. — In der Begründung sagte der Vorsitzende, das Gericht habe gemeinschaftliche Absperreleistung angenommen. Es sei erwiesen, daß Dr. Ley telefonisch habe und daß bald darauf die Nationalsozialisten in das Lokal gekommen seien.

Zum Strafmaß führte der Vorsitzende aus, es habe sich um einen Angriff gegen Herren gehandelt, die an der Schwelle des Reichswalters standen und im öffentlichen Leben an hervorragender